

19.11.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

**Für die Vielen, nicht die Wenigen:
Sozialer Fortschritt für Nordrhein-Westfalen**

I. Ausgangslage

Das Soziale in unserer Marktwirtschaft droht verloren zu gehen! Denn die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Deutschland weist die höchste Vermögensungleichheit der Eurozone auf.

Das liegt an einem Veränderungsprozess, der aus der Sicht vieler Menschen bedrohlich ist und der auch viele Verlierer kennt. Denn wir erleben nicht weniger als einen doppelten Wandel unseres Lebensalltags, unseres Arbeitslebens: einen digitalen und einen ökologischen. Der Schutz unserer Welt und der Erhalt unseres Klimas zwingen uns dazu, immer stärker auf Technologien und Produktionsprozesse zu verzichten, die bisher für unsere Art zu wirtschaften, zu arbeiten und zu leben unverzichtbar waren. Neue Technologien eröffnen wiederum neue Wege zu neuem Wohlstand und neuer Lebensqualität. Es liegt am starken Innovations- und Investitionsstaat, aus diesem doppelten Wandel Fortschritt zu gestalten. Dabei ist klar: Für ökonomischen und ökologischen Fortschritt braucht es zunächst den sozialen Fortschritt. Wer die Zukunft demokratisch gestalten will, muss in der Gegenwart Akzeptanz schaffen.

Politisch liegen unbekannt, manchmal ungewisse Wege vor uns. Im Industrieland NRW wird dies besonders deutlich. Heute arbeiten rund 20% aller nordrhein-westfälischen Beschäftigten in industriellen Betrieben: 1,3 Millionen Menschen, die ein Fünftel unserer ökonomischen Wertschöpfung erarbeiten. Für sie bedeutet der Wandel häufig Unsicherheit. Denn allein in den vergangenen beiden Jahren sind in der nordrhein-westfälischen Industrie tausende Arbeitsplätze abgebaut worden. Sozialer Fortschritt bedeutet, für diese Beschäftigten immer wieder Perspektiven zu schaffen. Denn sie sind es, die den Wandel bewerkstelligen.

Neue Arbeitsplätze werden entstehen, aber nicht automatisch dort, wo alte verschwinden. Der Gesellschaft wird die Arbeit nicht ausgehen. Doch gute Arbeit verlangt nach neuen Bildungsabschlüssen und zusätzlichen Qualifikationen. Ohne eine drastische Aufwertung von Dienstleistungs-, Bildungs- und Gesundheitsberufen durch höhere Löhne und mehr soziale Sicherheit werden nicht nur Millionen Beschäftigte von volkswirtschaftlichen Produktivitätsgewinnen

Datum des Originals: 19.11.2019/Ausgegeben: 19.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

abgeschnitten, sondern Bildung, Gesundheit und Pflege drohen zu knappen Gütern zu werden.

Mit dem doppelten Wandel drängt somit die Verteilungsgerechtigkeit auf die politische Agenda. Schon heute trägt verantwortungsvolle demokratische Politik dafür Sorge, dass am „Friday For Future“ die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Normal- und Geringverdiener sich an der Seite der jungen Menschen und ihrer vielfältigen Unterstützerinnen und Unterstützer wähen, nicht auf der Gegenseite. Es ist offen, wie technologische Produktivitätsgewinne zusätzlichen Druck auf Löhne und Gehälter ausüben werden.

Menschen mit geringem Einkommen und niedriger Bildung sind oft höheren Umwelt- und Klimabelastungen ausgesetzt als sozial besser gestellte Menschen. Sie leiden unter Lärm, Luftschadstoffe und haben weniger Zugang ins Grüne. Der Klimawandel verstärkt diese Belastungen durch die Überhitzung der Städte. Klimapolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie diesen Menschen mehr Lebensqualität verschafft, in dem man diese gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen reduziert.

Es ist die Frage nach Haben und Sagen in der Demokratie. Sie betrifft nicht nur Einkommen und Vermögen, sondern auch Lebens- und Bildungschancen und nicht zuletzt die politische und kulturelle Teilhabe an demokratischer Mitbestimmung. Die Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen ist genauso Folge wachsender Ungleichheit wie die zwischen Städten und Stadtteilen, die ungleiche Qualität der Schulen oder die geringe Wahlbeteiligung in Wahlkreisen mit geringen Einkommen. Ungleichheit erzeugt gesellschaftlichen Stress. Gerade jetzt ist es wichtig, auch konzeptionell Haltung zu zeigen: Haltung gegenüber undemokratischen Kräften, Haltung für eine offene, vielfältige und gleichberechtigte Gesellschaft.

Eine soziale und demokratische Politik ist jetzt aufgerufen, Interessen zu vertreten und Partei zu ergreifen: Für die Interessen der Vielen, der echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger, im Betrieb, im Krankenhaus, auf dem Pizza-Fahrrad, im Büro, in der Lagerhalle, bei der Polizei, für Handwerkerinnen und Erzieher, für Lehrerinnen und Maschinenführer, für die Frauen und Männer, die für uns alle fahren, putzen, kochen und reparieren, die erfinden, entwickeln und bauen, unser aller Leben lebenswert machen.

Es muss zusammen bleiben, was zusammengehört! Daher muss die nordrhein-westfälische Landesregierung auf der Seite der Vielen stehen, die Leistung tatsächlich erbringen, auf deren Schultern die Last der Verantwortung für Familien, Kolleginnen und Kollegen und Arbeitsplätze ruht. Eine neue Politik für die Vielen stellt sich allen Versuchen entgegen, Menschen mit vielen gemeinsamen Interessen und Werten in konkurrierende Gruppen und Minderheiten aufzuspalten, auch wenn es polittaktisch gerade opportun erscheinen mag.

Der neue Pfleger aus Damaskus ist kein Konkurrent für die Krankenschwester aus Münster oder den Maschinenführer aus Gütersloh, sondern deren Kollege. Die Verkäuferin aus Düsseldorf hat mit der türkischstämmigen Schneiderin aus Duisburg-Marxloh mehr gemein als mit jenen Unternehmensberaterinnen oder Professoren, die an der Spitze nationalistischer Parteien stehen. Die Schülerinnen und Schüler der Klimaschutzbewegung sind nicht die Gegner von Karosseriebauern oder Maschinenbauerinnen. Eine gesetzliche Rente, auf die Verlass ist und die zum Leben reicht, ist nicht weniger im Interesse der jüngeren als der älteren Menschen. Die Verteilung von Bildungschancen ist kein Nullsummenspiel. Die alleinerziehende Akademikerin hat das gleiche Interesse an der Betreuung und Förderung ihres Kindes wie der arbeitssuchende Koch. Die Verbesserung der Lernbedingungen an Gymnasien muss nicht zu Lasten der Gesamtschulen gehen und die Beförderung von Grundschullehrerinnen auf A13 ist keine Geringschätzung von Philologen in der Sekundarstufe II. Der gleiche Lohn für gleiche

Arbeit ist genauso im Interesse von Männern wie von Frauen. Frauen in Führungspositionen mögen den Interessen weniger Männer zuwiderlaufen, aber nur deren, nicht der Vielen.

All diese Menschen haben mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen, mehr gleichgerichtete Interessen als gegensätzliche Ziele. Sie alle gehören zu den Vielen, zu den Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern dieses Landes. Ihre gemeinsamen Interessen gilt es herauszustellen und zu vertreten – damit Wandel tatsächlich Fortschritt für die Vielen und nicht für die Wenigen bedeutet.

Nordrhein-Westfalen muss endlich wieder Vorreiter des sozialen Fortschritts in Deutschland und Europa werden. Eine soziale Zukunft gibt es nur durch massive öffentliche Investitionen in der Gegenwart: In Bildung und Forschung, in Infrastruktur und neue Technologien, in den öffentlichen Nahverkehr, in bezahlbare Wohnungen und in die Modernisierung von Quartieren und Stadtteilen.

II. Der Landtag stellt fest

Nordrhein-Westfalen braucht eine Regierung, die massiv und mutig investiert, die aktive Arbeits- und Technologiepolitik betreibt und die für bessere Schulen und Kitas, für wirksamen Klima- und Umweltschutz sowie für bezahlbaren Wohnraum sorgt.

Nordrhein-Westfalen braucht eine Regierung, die bundespolitisches Gewicht einbringt, um größere Spielräume für öffentliche Investitionen zu erstreiten, um für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen und um einen modernen Sozialstaat zu schaffen.

Nordrhein-Westfalen braucht eine Regierung, die die gemeinsamen Interessen der Vielen gegen die Partikularinteressen der wenigen Privilegierten vertritt, die in jedem Fall die Gewinner des Wandels sein werden, so wie sie schon Gewinner der großen Finanz- und Wirtschaftskrise waren.

Nordrhein-Westfalen braucht eine Regierung, die die gemeinsamen Interessen der Vielen bündelt und betont, anstatt Interessenskonflikte zu konstruieren.

Nordrhein-Westfalen braucht eine Regierung, die zu Wahlversprechen steht und der Öffentlichkeit mit Wahrhaftigkeit gegenübertritt.

Nordrhein-Westfalen hat eine solche Regierung heute nicht.

Nordrhein-Westfalen hat eine Regierung, von der sich Richterinnen und Richter getäuscht fühlen, von der die Präsidentin eines Oberverwaltungsgerichts sagte, dass sie die Grenzen des Rechtsstaates ausgetestet habe, was Fragen zur Demokratie aufwerfe.

Nordrhein-Westfalen hat eine Regierung, die dem Parlament und der Öffentlichkeit wiederholt die Wahrheit vorenthielt: über angebliche Konsultationen mit der belgischen Regierung, über angebliche Hacker-Angriffe auf Regierungsmitglieder, über Treffen mit Konzernvorständen oder über die wahren Motive bei der Räumung des Hambacher Forsts.

Nordrhein-Westfalen hat eine Regierung, die an ihren eigenen Versprechen scheitert. Sie enttäuscht die Hoffnungen der Wählerinnen und Wähler und sie versagt bei der Lösung der großen Probleme im Land. Die Investitionsquote des Landes steigt nicht. Sie fällt. Der Lehrermangel in NRW wird nicht kleiner. Er wird immer größer. Die Staus in NRW werden nicht kürzer. Sie werden länger. Was sinken sollte, steigt. Und was wachsen muss, schrumpft.

Wo sie Hoffnung auf Fortschritt versprach, entmutigt jetzt der Rückschritt: Bei der Bekämpfung der Wohnungsnot, beim Ausbau regenerativer Energien oder bei der Verbesserung von Kindergärten und Ganztagschulen. Die versprochenen Steuersenkungen gibt es genauso wenig wie Qualitätssteigerungen in der Hochschullehre.

Die Regierung Nordrhein-Westfalens steht nicht für die Interessen der Vielen, nicht für sozialen Fortschritt und nicht für Gerechtigkeit. Stattdessen spielt sie – absichtlich oder unabsichtlich – die Bedürfnisse von Menschen gegeneinander aus, die eigentlich gemeinsame Interessen haben. Diese Regierung sorgt nicht für Zusammenhalt. Ihre Politik spaltet. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Dieser Politikwechsel erkennt an: Fair geht mehr! Die Verantwortung für eine gute Zukunft liegt im starken staatlichen Handeln, das aus dem komplexen ökologischen und digitalen Wandel einen Fortschritt für die Vielen macht, statt diese Verantwortung auf die privaten Schultern der Bürgerinnen und Bürger abzuladen.

Dieser Politikwechsel sagt mutig: Wir wachsen zusammen. Aufstieg und Empowerment sind Grundlagen eines Bundeslands, das den sozialen Fortschritt erfolgreich voranbringen möchte. Etwas aus dem eigenen Leben machen können – dieses Versprechen muss für alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens gelten, nicht nur für wenige Privilegierte. Das bedeutet eine Politik, die permanent Chancen schafft: Gleiche Startchancen für diejenigen, die am Anfang ihres Leben stehen und eine Politik der permanenten „zweiten Chance“ für diejenigen, die in ihrem Leben Probleme und Schicksalsschläge verarbeiten müssen.

Dieser Politikwechsel motiviert zum Zusammenhalt und gibt Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl: Ihr seid es wert! Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sorgen Tag für Tag mit dem, was sie tun, dafür, dass unsere Gesellschaft funktioniert. Damit dies so bleibt, braucht es auch abseits von Sonntagsreden und roten Teppichen eine Politik der Anerkennung und des Respekts der Lebensleistung von Jung und Alt. Diese Politik erlaubt keine Kinder- und Altersarmut und steht für eine gelebte Solidarität in der Gesellschaft.

Um einen solchen Politikwechsel für die Vielen einzuleiten, benötigt es Impulse vor allem in diesen Themenfeldern:

Arbeit und Soziales: Die Wiederherstellung von Leistungsgerechtigkeit

Anstatt sich auf die Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stellen, versucht die Landesregierung Rechte aufzuweichen: durch die Ausweitung der Sonntagsarbeit und durch die Verwässerung des Arbeitszeitgesetzes. Sie ignoriert die Herausforderungen der Zeit.

Den besten Schutz gegen Niedriglöhne und zu hohe Ungleichheit bilden starke Gewerkschaften und eine hohe Tarifbindung. Durch Tarifflicht und Lohndumping in Nordrhein-Westfalen werden 40% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Löhne und Gehälter in einem Umfang von 3,2 Milliarden Euro vorenthalten. Den Sozialversicherungen entgehen jährlich 2,2 Milliarden Euro und dem Fiskus 1,3 Milliarden Euro an Einkommensteuer. Allein dem Land Nordrhein-Westfalen entgehen dadurch 547 Millionen Euro und seinen Kommunen weitere 193 Millionen Euro an Steuereinnahmen. Das sind insgesamt 3,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Land und Bund müssen den Trend zur Tarifflicht drehen, indem sie die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zur Regel machen. Zudem muss der Mindestlohn auf ein Niveau stei-

gen, das eine Rente oberhalb der Armutsgrenze garantiert. Zwölf Euro sind eine gute Orientierungsgröße. Davon würden mindestens 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen profitieren.

Dass die Steuerzahlenden die Einkommen von Geringverdienenden „aufstocken“ müssen, obwohl viele dieser „Aufstocker“ Vollzeit arbeiten, ist ein sozialpolitischer Skandal – und für aufrechte Anhänger der „Ordnungspolitik“ ein Frevel. Geschäftsmodelle, die mit Lohnsubventionen kalkulieren, sind gescheiterte Modelle. In keinem Fall dürfen arbeitende Menschen zu Bittstellern in einem Fürsorgesystem werden.

Um Leistungsgerechtigkeit wiederherzustellen und Sicherheit für die Zeiten des Umbruchs zu gewährleisten, muss das Hartz-IV-System abgeschafft, ein Recht auf Weiterbildung eingeführt und das Arbeitslosengeld I wieder an die Beitragsjahre gekoppelt werden.

Mit einem Sozialsystem stimmt etwas grundsätzlich nicht, wenn es 1,7 Millionen Kinder als „arbeitslos“ betrachtet. Kinder sind keine Arbeitslosen. Und sie dürfen weder einem Armutsrisiko ausgesetzt werden noch selbst ein Armutsrisiko für ihre Eltern sein. Es ist an der Zeit, Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag und andere Familienleistungen zu einer auskömmlichen Kindergrundsicherung zusammenzuführen. Fast 600.000 Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen können so aus der Armut geholt werden. Die Landesregierung muss ihre Verzögerungs- und Verhinderungshaltung aufgeben.

Maßnahmen im Rahmen der Klimapolitik haben immer auch eine soziale Dimension. Klimaanpassungsmaßnahmen müssen zunächst den Menschen nützen, die hohe Klima- und Umweltbelastung ertragen müssen. Im Rahmen einer Landesstrategie müssen Lärm, Luftschadstoffe und Hitzebelastungen in den Quartieren gesenkt werden, in den Menschen mit weniger Einkommen leben. Es darf nicht sein, dass diese Menschen über weniger Lebensqualität verfügen und noch für die Kosten des Klimawandels verstärkt aufkommen müssen.

Bildung und Kitas: Förderung für Kinder, Entlastung für Erzieherinnen und Erzieher, Gebührenbefreiung für Eltern

Die Ankündigungen zur KiBiz-Reform waren eine große Enttäuschung. Über 10.000 Erzieherinnen und Erzieher demonstrierten deshalb vor dem Landtag gegen den Entwurf der Regierung. Mehr als 80.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben eine Protest-Petition. Denn Regierung und Koalition lösen ihre Versprechen nicht ein. Die Betreuungsqualität wird nicht verbessert, wie es möglich und nötig wäre. Die Gruppen werden nicht kleiner, der Betreuungsschlüssel wird nicht besser. Die Erzieherinnen und Erzieher arbeiten am Limit, können aber nicht auf Entlastung hoffen. Flexiblere Öffnungszeiten wird es nur auf dem Papier geben. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sind zu Recht enttäuscht.

Jetzt ist die Zeit, um eine wirkliche Reform auf den Weg bringen. Die Kitas in NRW brauchen eine auskömmliche Sockelfinanzierung, von der auch die freien Träger profitieren. Durch kleinere Gruppen und einen verbesserten Personalschlüssel, der sich auch an realen Öffnungszeiten orientiert, müssen Erzieherinnen und Erzieher entlastet und die Betreuungsqualität deutlich verbessert werden. Mehr pädagogisches Personal pro Gruppe muss eine individuelle Förderung der Kinder möglich machen – für mehr Chancengleichheit und sozialen Aufstieg.

Jetzt müssen auch die finanziellen Möglichkeiten genutzt werden, um den Flickenteppich aus ungleichen Gebühren komplett abzuschaffen. Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zu Hochschule!

Bildung und Schule: Lehrermangel bekämpfen, mutige Investitionen in Quartieren mit großen sozioökonomischen Herausforderungen

In Nordrhein-Westfalen wird der Mangel an Lehrerinnen und Lehrer immer größer. Nur noch 58% der ausgeschriebenen Stellen konnten 2019 besetzt werden. Nach Angaben der Landesregierung lag der Unterrichtsausfall mit 5,1% im Jahr 2018 doppelt so hoch wie noch 2015. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler warten vergebens auf eine grundlegende Reform, die echte Besserung verspricht. Es gibt keinen Plan für eine ausreichende Versorgung mit Betreuungsplätzen im Offenen Ganzttag, keine Fortschritte bei der Betreuungsqualität und keinen Ehrgeiz, das Betreuungspersonal aufzustocken, geschweige denn besser zu bezahlen.

Bei der Umsetzung der Inklusion werden die Interessen von Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen gegeneinander ausgespielt. Die Schulen in Stadtteilen mit besonderen sozioökonomischen Herausforderungen erhalten nicht die Unterstützung, die sie brauchen. Für bessere Schulen macht diese Regierung viel zu wenig.

Der Mangel an Lehrkräften muss endlich an der Wurzel bekämpft werden. Das Land muss mehr Lehramtsstudienplätze schaffen und den Studierenden eine verlässliche Einstellungsperspektive bieten. Es darf auch keine Lehrkräfte zweiter Klasse mehr geben. Durch eine Reform der Lehrerbesoldung muss die Regierung dafür sorgen, dass Grundschullehrerinnen und -lehrer nicht schlechter bezahlt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen am Gymnasium.

Vor allem muss dort in Personal investiert werden, wo viele Kinder aus armen Familien kommen, wo es soziale Spannungen gibt und wo viele Kinder Sprachprobleme haben. Anstatt mit nur 60 „Talentschulen“ Symbolpolitik zu betreiben, muss ein schulscharfer Sozialindex eingeführt werden. Über 1.000 Schulen in benachteiligten Quartieren müssen eine Aufstockung ihrer Mittel für Ausstattung und pädagogisches Personal erhalten. Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden.

Der Ausbau der Offenen Ganztagschulen muss durch gesetzliche Mindeststandards bei Personal, Ausstattung und tarifliche Bezahlung ergänzt werden.

Mit anderen Worten: Kein Kind zurückzulassen! Chancengleichheit und Aufstieg – das muss für die Gestaltung der gesamten Bildungslaufbahn wieder der Anspruch der Landespolitik sein.

Finanzen: Verteilungsgerechtigkeit für Zukunftsinvestitionen

Nordrhein-Westfalen hat eine Regierung, die weder spart, noch investiert. Sie hat weder Antworten auf die drängenden Verteilungsfragen noch Konzepte für dringend notwendige Investitionen.

Nordrhein-Westfalen muss Normalverdienende entlasten und in den sozialen Fortschritt investieren. Keine Steuersenkung könnte die Eltern kleiner Kinder stärker entlasten als eine komplette Abschaffung von Kita- und OGS-Gebühren. Für normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht es um mehrere tausend Euro im Jahr.

Die Städte und Gemeinden müssen wieder in die Lebensqualität vor Ort investieren können. Deshalb müssen ihre Altschulden in einen Fonds überführt werden, so dass sie wieder finanziell atmen können. Das Land NRW muss gemeinsam mit dem Bund dafür sorgen, dass sie von der Finanzierung von Sozialleistungen befreit werden, um eine erneute Überschuldung zu verhindern.

Die Landesregierung muss sich für die Sicherstellung dringend notwendiger Zukunftsinvestitionen und für Verteilungsgerechtigkeit einsetzen. Jedes Jahr gehen dem deutschen Staat durch Steuerhinterziehung und windige Gewinnverlagerungen mindestens 160 Milliarden Euro verloren. Wenn er sich nur die Hälfte davon zurückholen würde, könnten sich die deutschen Bundesländer eine ökologische und digitale Infrastruktur leisten, für die sie der Rest Europas beneiden würde. Deutschland könnte eines der besten Betreuungs- und Bildungssystem in Europa finanzieren, wenn es die Besteuerungsquote von Erbschaften und Vermögen auf das Niveau der OECD-Staaten heben würde.

Nordrhein-Westfalen war vor dem Regierungswechsel 2017 ein Vorbild für die Bekämpfung von Steuerkriminalität. Der ehemalige Finanzminister Norbert Walter-Borjans verhinderte Wolfgang Schäubles Steuerabkommen mit der Schweiz, das einem Milliardengeschenk für Steuerkriminelle gleichgekommen wäre. Zudem holte er mehr als sieben Milliarden Euro von wohlhabenden Steuerhinterziehern zurück: für Schulen und Kitas, für Krankenhäuser und die Polizei. Die derzeitige Landesregierung zeigt kein Interesse an der Verfolgung von Steuerkriminalität. Dementsprechend hat sie auch keine Erfolge vorzuweisen.

Wirtschaft: Aktive Industrie- und Technologiepolitik

NRW braucht mehr Mut und mehr Tatkraft. Das Land braucht eine aktive Industrie- und Technologiepolitik. Mit Hilfe von Beteiligungsgesellschaften sollten Startups und neue Technologien gefördert sowie Wirtschaft und Wissenschaft noch besser vernetzt werden. Nordrhein-Westfalen kann das führende Land einer modernen Kreislaufökonomie werden, die aus Reststoffen neue Rohstoffe macht. Der Stahl der Zukunft kann aus Duisburg kommen, qualitativ hochwertig, ökologisch nachhaltig, hergestellt in Werken, die mit Wasserstoff statt Kohle betrieben werden. Elektrofahrzeuge werden mit grünem Strom betankt und ganze Wohnquartiere in Köln und im Ruhrgebiet werden zu virtuellen Kraftwerken.

Um solche Ansätze zum Erfolg zu führen und die Industrie in Nordrhein-Westfalen zu modernisieren, sind eine aktive Landespolitik und das engagierte Zusammenwirken von Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft erforderlich. Ein entfesselter Markt wird diesen Erfolg nicht einfahren. Er ist ohne gesellschaftliche Ziel- und Rahmensetzung blind für soziale Zukunftsfragen. Deshalb muss das Land auch über öffentliche Nachfrage dazu beitragen, nachhaltige Produktivität zu ermöglichen. Ziel der strategischen Nachfrage-Politik muss die Etablierung einer global wettbewerbsfähigen Massenproduktion ökologischer und sozialer Güter sein.

Unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen des Wandels der Industrie in NRW ist die verstärkte Mitbestimmung und Einbeziehung der Beschäftigten. Ob CO₂-neutrale Stahlproduktion, Digitalisierung der Produktion oder neue Logistikketten: ohne das Know-how und die Akzeptanz in den Belegschaften ist kein erfolgreicher Wandel denkbar. Die Industrie in Deutschland war bislang gerade deswegen international so lange so erfolgreich, weil ihr durch die Mitbestimmung das Zusammenführen von sozialen und technologischen Dimensionen des Wandels gut gelingt. Es wird also maßgeblich auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ankommen: Denn ohne ihre Ideen, ihre Tatkraft, ihre Mühen aber auch ohne die Anerkennung ihrer Leistungen und Bedürfnisse wird weder die Digitalisierung noch der Klimaschutz erfolgreich sein.

Bezahlbares Wohnen: Ein Grundrecht, kein Spekulationsobjekt

Die Landesregierung versagt bei der Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Situation wird stetig schlimmer. Zu hohe Mieten sind längst zu einer Bedrohung für die Menschen geworden. Die Landesregierung hat Einbrüche bei der Förderung mietpreisgebundener Wohnungen in Höhe von 34% zu verantworten (2018 im Vergleich zu 2016). Der Ausbau der Förderung des Wohneigentums ist mit gerade einmal 611 geförderten Wohneinheiten im Jahr 2018 ineffektiv und geht am sozialen Bedarf vorbei. Diese Wohnungsbaupolitik nutzt vor allem den Renditeinteressen von Investoren, nicht aber den Menschen, die auf eine bezahlbare Wohnung angewiesen sind.

So hat sich mit Beginn des Wintersemesters erneut gezeigt: Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen für Studierende. Die angespannte Wohnungsmarktlage und die gestiegenen Wohnkosten stellen für die Studierenden eine immer größere finanzielle Belastung dar. Auch erschwingliche Studentenwohnheimplätze werden immer knapper. Die Studierendenwerke brauchen mehr Geld, um bestehende Wohnanlagen zu sanieren oder neue zu bauen. Wir brauchen dringend eine Offensive für studentisches Wohnen!

Das Land muss insgesamt eine Wohnungsbauoffensive für Normal- und Geringverdiener starten. NRW braucht mehr Wohnraum mit bezahlbaren Mieten. Der Staat muss wieder ein mächtiger Akteur auf dem Wohnungsmarkt werden. Deshalb müssen die Mittel für den mietpreisgebundenen Wohnungsbau drastisch erhöht werden. Zudem muss eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft dort für gute und bezahlbare Wohnungen sorgen, wo der Markt versagt. Auf Erbpachtgrundstücken in öffentlichem Besitz müssen Mietwohnungen mit unbefristeten Mietpreis- und Belegbindungen entstehen. Straßenausbaubeiträge, die für viele Betroffene nicht selten eine Existenzbedrohung darstellen, müssen jetzt auch in NRW endlich abgeschafft werden. Nicht zuletzt: In den Krisengebieten des Wohnungsmarktes muss es starke Regeln gegen den Mietpreisanstieg geben. Bis sich die Lage entspannt, dürften dort die Mieten nicht stärker als die Inflation steigen. Denn Gemeinwohl geht vor Renditemaximierung.

Unsere Demokratie in NRW: Kein Wahlrecht für die Wenigen

„Mehr Demokratie wagen“ – dieser Leitsatz von Willy Brandt hat bis heute Gültigkeit für das allgemeine Demokratieverständnis, für die Landesregierung offenbar nicht. Aus strategischen Überlegungen wurde die Stichwahl bei Kommunalwahlen in NRW abgeschafft. Damit riskiert NRW, dass künftig Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Landräte und Landrätinnen ins Amt kommen, die nur eine geringe Anzahl an Stimmen auf sich vereinen können. So stützt man nicht die Säulen unserer Demokratie. So gefährdet man sie, nur um mit weniger Demokratie mehr regierungsnahen Parteimitglieder in die Rathäuser zu bekommen. Völlig zu Recht hat sich daher ein breites Aktionsbündnis von „Mehr Demokratie“ zum Erhalt der Stichwahlen zusammengefunden. Die demokratischen Grundregeln müssen gefestigt werden.

III. Der Landtag beschließt

- Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Politik für den sozialen Fortschritt für die Vielen. Die Landesregierung muss einen Kurswechsel in der Finanz-, Wirtschafts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik vollziehen.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückzukehren und ihre Interessen im Wandel zu vertreten.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Zukunftsinvestitionsprogramm für NRW aufzulegen.
- In der Schul- und Kita-Politik muss wieder der Anspruch gelten: Kein Kind zurücklassen!

- Für die Kita-Politik gilt die Maxime: Bessere Förderung für Kinder, Entlastung für Erzieherinnen und Erzieher, Gebührenbefreiung für Eltern.
- In der Wohnungspolitik muss wieder der Grundsatz gelten: Gemeinwohl geht vor Renditemaximierung.
- In der Klimaanpassungspolitik gilt es, den Menschen zu helfen und mehr Lebensqualität für die zu schaffen, die schon heute eine hohe Klima- und Umweltbelastung ertragen müssen.
- Die Demokratie in NRW wird nicht ausgehöhlt und die Stichwahlen bei Kommunalwahlen müssen erhalten werden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa Kapteinat
Regina Kopp-Herr

und Fraktion